



Hauptausschuss

27. Sitzung (öffentlich)

26. September 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:30 Uhr bis 11:00 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Stenograf: Otto Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/2800

1

In einem ersten Beratungsdurchgang befasst sich der Hauptausschuss mit den ihn tangierenden Bereichen des Haushaltsplanentwurfs 2003: Einzelplan 01 – Landtag, Einzelplan 02 – Ministerpräsident, Einzelplan 15 – Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie – Kapitel 15 081 – Landeszentrale für politische Bildung.

2 Gesamtkonzeption der Landesregierung zum Neubau des Regierungsviertels in Düsseldorf 1

Dazu berichtet der Chef der Staatskanzlei; seinem Bericht schließt sich eine Diskussion an.

3 Staatsvertrag über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 13/2822

13

Der Ausschuss stimmt dem Staatsvertrag bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung zu.

4 Aktuelle Viertelstunde 14

Auf Antrag der CDU-Fraktion hört der Ausschuss einen Bericht zu dem Thema "Erkenntnisse des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes über das in Presseveröffentlichungen als linksextremistisch bezeichnete Internetportal 'Indymedia.de'".

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht **Vorsitzender Edgar Moron** darauf aufmerksam, dass auf Antrag der CDU-Fraktion die Punkte "Gesamtkonzeption der Regierung zum Neubau des Regierungsviertels in Düsseldorf" und - im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde - "Indymedia.de" auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt worden seien.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/2800

In Verbindung damit:

2 Gesamtkonzeption der Landesregierung zum Neubau des Regierungsviertels in Düsseldorf

Der **Ausschuss** führt einen ersten Beratungsdurchgang zu den ihn tangierenden Bereichen des Haushaltsplanentwurfs 2003 durch.

Einzelplan 01 - Landtag

Einführend referiert **Direktor beim Landtag Peter Jeromin**, der Haushaltsvoranschlag schließe mit Gesamteinnahmen von 1,4 Millionen € und Gesamtausgaben von 90,9 Millionen € ab. Das Ausgabevolumen werde im Vergleich zum Haushalt 2002 lediglich um 1,7 Millionen € - das seien 1,9 % - erhöht.

Der Landtagsetat werde auch 2003 weiter gestrafft. Von mehr als 120 Titeln Ende der 80er-Jahre verblieben nur noch 88. Im Zuge dessen werde die Zahl der Titel für Abgeordnete von neun auf fünf reduziert. Zudem werde eine Titelgruppe - Europaangelegenheiten - aufgelöst und in den Stammhaushalt überführt.

Die Gründe für zwangsläufige Mehrausgaben seien im Wesentlichen

- eine lineare Erhöhung bei Personalausgaben und Fraktionszuschüssen,
- die Kosten für die Bewirtschaftung der Gebäude, da die Energiepreise stark gestiegen seien und die Landtagsverwaltung mittlerweile in fünf Gebäuden untergebracht sei,

- die Ausgaben für die Datenverarbeitung, weil die entsprechenden Anforderungen ständig stiegen,
- die Ausgaben für die dritte Enquetekommission sowie
- die Kosten für die Bauunterhaltung des Landtagsgebäudes und der Villa Horion.

Bei den Personaltiteln, also den Titeln für Abgeordnete und Verwaltungsmitarbeiter/innen, sei eine Vorsorge für mögliche Steigerungen getroffen. Hierfür seien zusätzlich 2 % veranschlagt.

Der Entwurf des Landtagshaushalts enthalte weder neue Stellen noch Hebungen. Insgesamt verringere sich der Personalbestand durch die Realisierung von kw-Vermerken um drei Stellen. Dadurch sanken die Personalausgaben der Verwaltung um 100.000 €.

Das Thema der im Anschluss an diese Sitzung stattfindenden Anhörung zum Verfassungsschutz und zur G10-Kommission werde Auswirkungen auf den Personalhaushalt haben. Der Haushaltsplanentwurf weise die für die G10-Kommission eingerichtete Titelgruppe 63 lediglich mit Strichansätzen aus. Das bedeute, dass sowohl die Personal- als auch die Sachausgaben noch etatisiert werden müssten. Im Personalhaushalt werde dies durch kostenneutrale Verlagerungen vom Stammhaushalt in die Titelgruppe möglich sein, für den Sachhaushalt würden zusätzliche Mittel notwendig. Näheres hierzu lasse sich jedoch erst nach Verabschiedung des entsprechenden Gesetzentwurfs der Landesregierung ausführen.

Zum Sachhaushalt sei anzumerken, dass entsprechend den Vorgaben des Finanzministeriums bei allen gebundenen Ausgaben die Ansätze um 1 % erhöht und bei den ungebundenen Ausgaben um 5 % abgesenkt worden seien. Dies habe allein bei der Öffentlichkeitsarbeit eine Kürzung von etwa 150.000 € ergeben.

Im Sachhaushalt ergäben sich allerdings auch einige Zwangsläufigkeiten, durch die es zu höheren Steigerungen komme. So sollten im Rahmen der Bauunterhaltung neben laufenden Reparaturen im Jahre 2003 vor allem folgende Projekte durchgeführt werden:

- Ausstattung der Sitzungssäle mit Projektionseinrichtungen,
- dritte Stufe der Kühlung der Abgeordnetenbüros auf der Ebene 6 und
- die behindertengerechte Ausstattung des Landtagsgebäudes in der zweiten Stufe.

Für die Fortsetzung des Umbaus der Villa Horion seien rund 350.000 € etatisiert.

Die Erhöhung des Ansatzes für die Datenverarbeitung sei auf die stetig steigende Ausstattung der Abgeordneten und der Verwaltung mit moderner Informationstechnik sowie die Fortentwicklung des IT-Systems zurückzuführen. Hinzu komme die steigende Bedeutung des Internets für die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags.

Hauptausschuss
27. Sitzung (öffentlich)

26.09.2002
sr-ba

Werner Jostmeier (CDU) legt dar, er habe des Öfteren Klagen von Kolleginnen und Kollegen über die Leistungsfähigkeit der Server gehört, sodass die Pflege der Homepages kaum entsprechend dem heutigen technischen Standard durchgeführt werden könne, mit der Folge, dass man sich eigene Server einrichte oder sich Fremdfirmen bediene. Er bitte dafür Rechnung zu tragen, dass die Pflege der Homepages leichter gehandhabt werden könne. Unter Umständen sollte darüber nachgedacht werden, ob man nicht, um dies zu ermöglichen, auf die geplante Anschaffung von Farblaserdruckern zum Teil oder ganz verzichten könnte.

Des Weiteren interessiere ihn, wie die Villa Horion von den Landtagsgremien angenommen werde. Er erinnere daran, dass der Landtagspräsident immer wieder für die Nutzung der Villa Horion durch die Landtagsgremien geworben habe. Ihm, Jostmeier, sei aber zu Ohren gekommen, dass die Nutzung der Sitzungsräume dort mit wesentlichen organisatorischen Schwierigkeiten verbunden sei.

Carina Gödecke (SPD) regt hinsichtlich bestehender Probleme mit der Computerausstattung an, parallel zu den Haushaltsberatungen in der PG-Runde zu prüfen, welche Weiterentwicklungen und Verbesserungen auf diesem Gebiet mit angemessenen Mitteln erreicht werden könnten.

Monika Düker (GRÜNE) möchte wissen, was sich hinter der 1 Million € für die Umgestaltung der Eingangshalle verberge.

Direktor beim Landtag Peter Jeromin begrüßt den von Frau Gödecke gemachten Vorschlag, die Möglichkeiten der Optimierung des IT-Systems parallel zu den Haushaltsberatungen im Kreise der Parlamentarischen Geschäftsführer und entsprechender Fachleute aus den Fraktionen und der Verwaltung auszuloten.

Die Nutzung der Sitzungsoptionen in der Villa Horion nehme zu. Er räume ein, dass es dabei durchaus noch Probleme, etwa bezüglich der Bewirtung, gebe, und hoffe, dass diese in Kürze beseitigt werden könnten.

Zurzeit werde von Herrn Prof. Eller eine Konzeption zur Umgestaltung der Eingangshalle erarbeitet, um Schwierigkeiten, die dort beispielsweise hinsichtlich des Zugangs durch Besucher bestünden, auszuräumen. Sobald diese Konzeption fertig gestellt sei, werde sie den zuständigen Gremien vorgelegt. Er gehe davon aus, dass im zweiten Halbjahr 2003 mit den Umgestaltungsarbeiten begonnen werden könne.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident

Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Adamowitsch trägt vor, mit dem Entwurf des Haushalts 2003 hätten 1,4 Milliarden € Einsparungen erbracht werden müssen, wozu auch der Einzelplan 02 einen Beitrag habe erbringen müssen. Der Entwurf für den Einzelplan 02 schließe für das Haushaltsjahr 2003 mit 147,8 Millionen € ab; das seien 11,5 Millionen € oder 7,2 % weniger als im laufenden Haushaltsjahr.

Das Personalsoll des Einzelplans 02 erhöhe sich um zwei Stellen. Dabei sei Folgendes zu berücksichtigen: Als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung habe man eine Stelle sofort abgebaut und zwei weitere Stellen kw gestellt. Dagegen stehe, dass im Zusammenhang mit dem Personalentwicklungskonzept für nordrhein-westfälisches Personal in europäischen und internationalen Institutionen drei Stellen aus anderen Einzelplänen künftig im Einzelplan 02 geführt würden, die im Stellenpool des Brüsseler Büros – Kapitel 02 110 – Niederschlag fänden. Diese Stellen ermöglichten einen befristeten Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei den Dienststellen der Europäischen Union in Brüssel. Sie stünden also für die unmittelbare Arbeit des Brüsseler Büros nicht zur Verfügung. – Rechnerisch ergebe sich im Saldo für den Einzelplan 02 also ein Plus von zwei Stellen. In den Einzelplänen 04 und 05 würden dafür insgesamt drei Stellen abgesetzt.

Zu der Verminderung der Gesamtausgaben des Einzelplan 02 trage auch ein zwangsläufiges Minus von 10,5 Millionen € infolge der Fertigstellung der neuen Landesvertretung in Berlin bei. Wie alle anderen Einzelpläne habe auch der Einzelplan 02 weitere Konsolidierungsbeiträge geleistet, nämlich 3,5 % der rechtlich nicht gebundenen sächlichen Verwaltungsausgaben und 10 % der rechtlich nicht gebundenen Ausgaben für Investitionen. Dies zusammen mache 0,3 Millionen € aus. Weiterhin seien im Kapitel "Europa- und internationale Angelegenheiten" die Ansätze um 150.000 € reduziert worden.

Man habe auch auf einige kleinere Förderprogramme verzichten müssen. Im Kapitel 02 030 - Europa- und internationale Angelegenheiten – seien das Programm "Stipendien für Postgraduierten-Studiengänge" - 0,05 Millionen € - und der Zuschuss an den Verein "Europa-Dialog" – 0,02 Millionen € - gestrichen worden. Im Kapitel 02 050 – Kirchen – sei der Titel "Zuschüsse an Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen" um 0,05 Millionen € gekürzt worden. Hieraus seien in der Vergangenheit Zuschüsse an den Humanistischen Verband – früher: Freigeistliche Landesgemeinschaft Nordrhein-Westfalen – und auch die Unterstützung an orthodoxe Exilgeistliche gewährt worden. Schließlich seien im Kapitel 02 200 – Medien – die Zuschüsse zur Förderung des Films – dabei gehe es um das Filmbüro in Mülheim – um 1,92 Millionen € gekürzt worden. – Diese Konsolidierungsbeiträge seien notwendig und auch vertretbar.

Er wolle noch in Erinnerung rufen, dass darüber hinaus auch der Einzelplan 02 wie die anderen Einzelpläne seinen Beitrag zur Finanzierung des Programms "Verlässliche Schule" zu leisten habe. Dafür sei im Einzelplan 02 die globale Minderausgabe von 0,4 Millionen € fortgeschrieben worden, die bei den sächlichen Verwaltungsausgaben zu erwirtschaften sei.

Hauptausschuss
27. Sitzung (öffentlich)

26.09.2002
sr-ba

In einigen Bereichen seien auch höhere Ausgaben zu konstatieren. So stiegen etwa die Personalausgaben um 0,7 Millionen €; davon seien 0,25 Millionen € im Zusammenhang mit den erwähnten Stellen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sehen, die an europäische Einrichtungen abgeordnet würden. Der Innenminister gehe davon aus, dass die Personalkosten in diesem Jahr um 2,2 % stiegen; diese Steigerung habe man auf das nächste Jahr fortgeschrieben.

Für die Finanzierung des Stammhaushalts benötige die Projekt Ruhr GmbH jährlich einen Betrag von rund 4,5 Millionen €. Bisher seien die Mittel einer Sonderrücklage entnommen worden, die im Haushalt 2000 veranschlagt gewesen sei. Diese Sonderrücklage habe ursprünglich 30 Millionen DM betragen. Bis Ende dieses Jahres sei die Sonderrücklage bis auf einen Rest von etwa 1,5 Millionen € aufgebraucht. Damit die Finanzierung des Stammhaushalts der Gesellschaft auch im kommenden Jahr gesichert sei, müsse der Differenzbetrag von etwa 3,1 Millionen € bei Kapitel 02 020 Titel 685 40 ergänzend veranschlagt werden.

Zum Kapitel 02 050 – Kirchen – wolle er noch anmerken, dass hier 1,3 Millionen € zusätzlich für den Zuschuss an die Jüdischen Kultusgemeinden berücksichtigt seien, die aufgrund des Staatsvertrags im nächsten Jahr geleistet werden müssten.

Die Ausgaben der Institute des Wissenschaftszentrums blieben im Saldo nahezu unverändert. Die Veranschlagungen seien in den Kapiteln 02 060 bis 02 062 zu finden. Die geringe Reduzierung von insgesamt 0,5 Millionen € in den drei Kapiteln hänge mit gleichzeitig reduzierten Einnahmen beim Institut "Arbeit und Technik" zusammen.

Zum Kapitel 02 200 – Medien – wolle er noch einen kurzen Überblick geben: Der Entwurf 2003 sehe vor, die Ansätze von 41,6 auf 33,4 Millionen € zurückzufahren. Berücksichtigt seien in diesem Kapitel 3,4 Millionen € für den Stammhaushalt und 7,8 Millionen € für konsumtive und investive Projekte für die NRW Medien GmbH.

Vorgestern sei dem Landtag wie in den letzten Jahren auch ein Überblick über die gesamten Mittel der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung zugegangen. Deshalb meine er in seinem einleitenden Bericht heute auf entsprechende Hinweise verzichten zu können.

Werner Jostmeier (CDU) stellt fest, zur Projekt Ruhr GmbH habe seine Fraktion in den Haushaltsberatungen stets kritische Fragen gestellt. In der "WAZ" sei noch in dieser Woche von erheblichen Problemen geschrieben worden, weil der Investor Cuba AG mit dem Projekt "Planet of Visions" nicht klarkomme. Zu lesen sei in der "WAZ", das Dilettantische der Projekt Ruhr sei, dass sie den Investor nicht genügend überprüft habe.

Er, Jostmeier, frage, ob es bei der schlechten Haushaltslage des Landes zu rechtfertigen sei, der Projekt Ruhr GmbH über den Landeshaushalt 3,1 Millionen € zuzuschießen. Hier tue sich offensichtlich ein Fass ohne Boden auf.

Zweitens wolle er die Konzeption der Landesregierung zum Neubau des Regierungsviertels ansprechen. In den Sitzungen des Hauptausschusses im November 2001 und im Februar 2002 habe die CDU-Fraktion gefragt, wann und mit welchen Kostenfolgen die Landesregierung ihre Konzeption im Zusammenhang mit den Regierungsbauten vorstelle. Es gehe nicht an,

dass das Land plane und der Landtag durch Presseerklärungen des Finanzministers oder des Bauministers mit Projekten konfrontiert werde, ohne dass er zuvor gefragt worden sei oder sich eine Meinung bilden können. Vor drei Wochen habe er, Jostmeier, eine Presseerklärung zu dieser Thematik herausgegeben. Einzige Reaktion von Herrn Minister Dr. Vesper sei die Aussage gewesen, es wäre dumm, nicht zu bauen, weil durch den Bau 100.000 € im Jahr eingespart werden könnten.

Er, Jostmeier, wolle in Erfahrung bringen, warum das immer wieder geforderte und versprochene Konzept nicht vorgelegt werde, was dem Land die Beibehaltung der jetzigen Situation koste und was die Neubauversion kosten würde. In diesem Zusammenhang wolle er nur daran erinnern, dass es möglich sei, über Teilzeitstellen und mithilfe der neuen Medien Büroraum einzusparen.

Eine weitere wichtige Frage in diesem Zusammenhang laute, ob es bei der derzeitigen finanziellen Situation des Landes – er wolle nur daran erinnern, dass es in Schulgebäuden durchregne und dass Kindergärten nicht gebaut werden könnten – aus grundsätzlichen Erwägungen zu verantworten sei, für Regierungsneubauten erhebliche Mittel auszugeben. Nach seiner Auffassung passe dies nicht in die Zeit.

Das Verhalten von Minister Dr. Vesper in diesem Zusammenhang sei ähnlich dem beim Bau der Landesvertretung. Hier hätten nachträgliche Planungen dazu geführt, dass das Gebäude 20 % teurer werde, und auch das alles sei am Hauptausschuss vorbei geschehen.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) spricht die Evaluierung der Institute des Wissenschaftszentrums durch den Wissenschaftsrat an und bittet für die weiteren Haushaltsberatungen um eine Vorlage, aus der die Absichten der Landesregierung hinsichtlich der Umstrukturierung in der künftigen Mittelausstattung hervorgingen. Der inzwischen zwei Jahre andauernde Evaluierungsprozess erscheine ihr recht quälend; deshalb sollte er möglichst bald zu Konsequenzen führen.

Den Bereich Medien halte sie insgesamt für undurchsichtig. Im Zusammenhang mit der NRW Medien GmbH würden im Erläuterungsband zwar Aktivitäten zur Förderung und Entwicklung des Medienlandes Nordrhein-Westfalen aufgeführt; der Katalog aber sei sehr wolkig formuliert und enthalte keinerlei quantifizierbare Zielvorgaben. Mithin sei auch keine Überprüfung möglich, ob die gesetzten Ziele dem Zeitplan entsprechend erreicht würden. Sie bitte die Landesregierung, im Laufe der Haushaltsberatungen vor dem Hauptausschuss noch einmal ihre Vorstellungen detailliert zu entwickeln.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) stellt fest, der Chef der Staatskanzlei habe darauf hingewiesen, dass im nächsten Jahr den jüdischen Gemeinden höhere Zuwendungen zufließen. Ihn interessiere, ob damit den stattgefundenen Verhandlungen Rechnung getragen werde.

Zum Evaluierungsbericht des Wissenschaftsrates fragt **Dorothee Danner (SPD)**, wie der Zeithorizont hinsichtlich der Verhandlungen der Landesregierung aussehe und wann mit der Vorlage erster Ergebnisse gerechnet werde.

Ilse Brusis (SPD) äußert, wenn sie den Chef der Staatskanzlei richtig verstanden habe, sollten die Mittel für das Filmbüro gestrichen werden, weil in Zukunft die Filmstiftung die Aufgaben des Filmbüros übernehmen werde. In diesem Zusammenhang wolle sie darauf hinweisen, dass das Filmbüro für die Entwicklung des Films in Nordrhein-Westfalen eine grundlegende Rolle spiele, insbesondere was den künstlerischen Film und kleine Filmfestivals in Nordrhein-Westfalen betreffe. Deshalb sei im Lande momentan auch Unruhe hinsichtlich der Frage festzustellen, ob die entsprechenden Aufgaben von der Filmstiftung mit der gleichen Sorgfalt weiterverfolgt würden. Sie frage, ob mit der Filmstiftung eine Übereinkunft getroffen worden sei, dass diese Aufgaben des Filmbüros fortgeführt würden.

Monika Düker (GRÜNE) legt dar, wenn sie richtig informiert sei, bereite die Landesregierung eine Reform des Kommunalverbandes Ruhrgebiet vor. In diesem Zusammenhang habe der Innenminister in einem Interview vorgeschlagen, die Projekt Ruhr GmbH unter dem Dach des KVR weiterzuführen. Sie interessiere, welche Synergieeffekte auf diese Weise erzielt werden könnten.

CdS StS Adamowitsch geht zunächst auf die zur Projekt Ruhr GmbH gestellten Fragen ein. Zum Thema "Planet of Visions" habe er gestern im Wirtschaftsausschuss ausführlich Stellung genommen. Den schriftlichen Bericht werde er dem Hauptausschuss zuleiten.

Es habe Überlegungen gegeben, die im Zusammenhang mit "Planet of Visions" gezeigten Exponate der Weltausstellung in Hannover in der Jahrhunderthalle in Bochum zu präsentieren. Die Exponate seien nach Ende der Expo für 1,45 Millionen DM ersteigert worden. Nachdem die Entscheidung getroffen worden sei, die Jahrhunderthalle für die Ruhr-Triennale zu nutzen, habe man nach Gesprächen mit der Stadt Bochum den Entschluss gefasst, neben der Jahrhunderthalle eine Halle für "Planet of Visions" zu errichten. Hier engagierten sich die Unternehmen Thyssen und Ruhrkohle-Immobilien. Schließlich habe es bezüglich der Präsentation einen Kooperationsvertrag mit einem Unternehmen aus Schleswig-Holstein gegeben, das inzwischen leider Insolvenz angemeldet habe, obwohl vor Abschluss des Vertrags die Bonität des Unternehmens testiert worden sei.

Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang sei, dass die zwischenzeitlich in Bochum eingelagerten Exponate von "Planet of Visions" durch Brandstiftung zur Hälfte zerstört worden seien. Erst wenn eine Abschätzung insbesondere hinsichtlich des wirtschaftlichen Schadens erfolgt sei, könnten die Folgekosten für einen Investor abgesehen werden, der interessiert sein könnte, das Projekt umzusetzen. Wenn kein entsprechender Interessent zu finden sei, müsse darüber nachgedacht werden, wie die Halle genutzt werden könne. Diese Halle habe einen futuristischen Anspruch und präsentiere auf eine außergewöhnliche Art und Weise, was im Stahlbau gemacht werden könne.

Von vornherein sei bei der Anlage des Projekts klar gewesen, dass der Betreiber das volle wirtschaftliche Risiko trage. Zuvor sei errechnet worden, dass es nach einer gewissen Zeit durchaus Gewinne abwerfe. Nunmehr stehe man wegen der geschilderten Entwicklung vor einer neuen Situation.

Hauptausschuss
27. Sitzung (öffentlich)

26.09.2002
sr-ba

Dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens aus Schleswig-Holstein nicht geprüft worden sei, wie in Presseberichten zu lesen gewesen sei, entspreche nicht den Tatsachen. Vielmehr seien, wie gesagt, entsprechende Auskünfte eingeholt und es sei Bonität testiert worden.

Kosten im Zusammenhang mit "Planet of Visions" seien der Projekt Ruhr GmbH nur insoweit entstanden, als diese den Transport der Exponate von Hannover nach Bochum bezahlt habe und für die Einlagerungskosten aufgekommen sei.

Zur künftigen Gestaltung des KVR gebe es – auch im Landtag – unterschiedliche Positionen. Die CDU-Fraktion habe einen Gesetzentwurf eingebracht, in den übrigen Landtagsfraktionen existierten gewisse divergierende Vorstellungen. Solange sich in dieser Hinsicht keine klare Konzeption herausgebildet habe, mache es für ihn keinen Sinn, darüber zu diskutieren, ob die Projekt Ruhr GmbH künftig ein Bestandteil des KVR sein könnte und welche Synergieeffekte sich daraus ergeben könnten.

Im Zusammenhang mit dem Wissenschaftszentrum weise er darauf hin, dass sich die Kienbaum-Untersuchung ausschließlich mit den Verwaltungshaushalten der Institute des Wissenschaftszentrums und nicht mit deren inhaltlicher Arbeit beschäftigt habe. Die wissenschaftliche Evaluierung sei durch den Wissenschaftsrat erfolgt. Als dieser Auftrag dem Wissenschaftsrat erteilt worden sei, sei vereinbart worden, zunächst einmal die Vorschläge der Kienbaum-Untersuchung für den Verwaltungshaushalt nicht umzusetzen. Es habe die übereinstimmende Auffassung bestanden, dass man zuerst zu einer inhaltlichen Neubewertung kommen müsse und erst danach finanzielle Konsequenzen gezogen werden könnten.

Die Überlegungen über eine Neuausrichtung des Wissenschaftszentrums seien insbesondere hinsichtlich des Wuppertal Instituts sehr weit gediehen. Sobald die Überlegungen abgeschlossen seien, werde er den Hauptausschuss darüber informieren. Er gehe davon aus, dass dies noch in diesem Jahr der Fall sein werde.

Die im Entwurf des Einzelplans 02 vorgesehenen Mittel für die jüdischen Gemeinden ergäben sich aus dem vor kurzem mit den Jüdischen Kultusgemeinden abgeschlossenen Staatsvertrag. Mit einigen Gemeinden befinde man sich überdies noch in Verhandlungen über Synagogenneubauten und sei dabei auf einem guten Weg. Mit den im Staatsvertrag vereinbarten Beträgen glaubten die jüdischen Gemeinden ihre Aufgaben in Zukunft bewältigen zu können. Wenn Interesse im Hauptausschuss bestehe, sei er gern bereit, gemeinsam mit Vertretern der Jüdischen Kultusgemeinden deren Situation zu schildern.

Vorsitzender Edgar Moron bittet für die nächste Sitzung über dieses Thema um eine vertiefende Information.

CdS StS Adamowitsch fährt fort, die Einsparungen, die man zu erbringen habe, schlugen sich auch im Bereich Film nieder. Aus diesem Grunde mache man den Vorschlag, die Arbeit des Filmbüros der Filmstiftung zu übertragen. Dabei müsse in der Tat die Qualität der Arbeit des Filmbüros gewahrt werden. Aber wenn man in einem so kleinen Einzelplan wie dem der

Hauptausschuss
27. Sitzung (öffentlich)

26.09.2002
sr-ba

Staatskanzlei Einsparungen in einem derartigen Volumen zu erbringen habe, könne davon so gut wie kein Bereich ausgenommen werden. Er werde aber an Frau Staatssekretär Meckel das von Frau Brusis geäußerte Anliegen ausdrücklich herantragen, dass der inhaltliche Anspruch der Arbeit des Filmbüros fortgesetzt werde.

Auch dazu bittet **Vorsitzender Edgar Moron** um eine Vorlage, aus der deutlich werde, dass das, was das Filmbüro bislang getan habe, in der Filmstiftung Niederschlag finde und fortgesetzt werde.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) merkt zur Frage des Wissenschaftszentrums an, eine strikte Trennung von Inhalt und Organisation könne kaum vorgenommen werden. Deshalb müsste es der Staatskanzlei nach ihrer Meinung möglich sein, noch während der Haushaltsberatungen für den Hauptausschuss ein Konzept zu erarbeiten, anhand dessen sich ermessen lasse, in welche Richtung die Entwicklung in den nächsten Jahren gehen solle.

Auch zur NRW Medien GmbH bittet die Abgeordnete um eine Vorlage über deren Aufgaben und Zielvorgaben sowie hinsichtlich der Frage, welche Maßnahmen ergriffen würden, um die Zielvorgaben einzuhalten, sodass sich überprüfen lasse, ob die GmbH im Sinne der ihr gemachten Vorgaben tätig sei.

CdS StS Adamowitsch bittet zu berücksichtigen, dass das Evaluierungsergebnis des Wissenschaftsrates zwar schon im Mai letzten Jahres vorgelegen habe, dass es beim Wissenschaftszentrum aber um vier eigenständige Institute gehe, mit denen wiederum Gespräche über deren Vorstellungen geführt werden müssten.

Nach zehn Jahren Wissenschaftszentrum habe man eine Evaluierung für notwendig gehalten und damit auch ganz bewusst den Wissenschaftsrat beauftragt, weil dieser ein neutrales Gremium sei, das sich auch mit der Leistungsfähigkeit von wissenschaftlichen Einrichtungen beschäftige. Es sei aber nicht möglich, jetzt innerhalb weniger Wochen eine fertige Konzeption vorzulegen, weil dies auch nicht dem Anspruch gerecht würde, den man an eine Evaluation stelle. Wohl könne er berichten, dass man sich auf einem guten Weg hinsichtlich einer überzeugenden Neukonzeption befinde und dass einschneidende Konsequenzen geplant seien. Man habe sich auch Anregungen in anderen Ländern geholt, die mit entsprechenden wissenschaftlichen Einrichtungen aufwarten könnten. – Er bitte den Hauptausschuss um Verständnis, dass er heute lediglich zusagen könne, den Hauptausschuss über Ergebnisse zu informieren, sobald diese vorlägen.

Zur NRW Medien GmbH sage er für die nächste Sitzung gern eine Vorlage zu.

Lothar Hegemann (CDU) wendet ein, dass die Befassung mit medienpolitischen Fragen dem Medienausschuss zukomme.

Hauptausschuss
27. Sitzung (öffentlich)

26.09.2002
sr-ba

Vorsitzender Edgar Moron entgegnet, der Hauptausschuss sei für den Haushalt der Staatskanzlei zuständig und müsse sich demnach auch mit medienpolitischen Fragen beschäftigen dürfen.

Auf eine Frage von **Heinz Hardt (CDU)** im Zusammenhang mit dem Stellenplan der Staatskanzlei antwortet **CdS StS Adamowitsch**, seines Wissens seien die beiden Leerstellen der Wertigkeit B 10 Konsequenz des Aufstiegs aus der Position eines Staatssekretärs zum Minister bzw. Ministerpräsidenten: In dem einen Fall gehe es um Staatsminister a. D. Dr. Krumsiek, in dem anderen um den ehemaligen Chef der Staatskanzlei und heutigen Ministerpräsidenten Clement. Er werde seine Auskunft aber bis zur nächsten Sitzung noch verifizieren.

Zum **TOP 2 – Gesamtkonzeption der Landesregierung zum Neubau des Regierungsviertels in Düsseldorf** – führt der Chef der Staatskanzlei aus, die Unterbringung der Landesregierung in einem Regierungsviertel sei seit 30 Jahren immer wieder Gegenstand von Beratungen auch im Landtag. Vor zwei Jahren habe der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes seine Arbeit aufgenommen. Damit bestehe erstmalig die Möglichkeit, auch in Bezug auf die Landesimmobilien in betriebswirtschaftlich rentablen Kategorien zu planen und zu handeln. Dies sei die Leitschnur für die bereits getroffenen und noch zu treffenden Entscheidungen zur Unterbringung der Landesregierung.

Mit der Ergänzungsvorlage zum Haushalt 2002 habe die Landesregierung am 23. Oktober 2001 zwei Maßnahmen beschlossen: erstens einen so genannten Atrium-Bau an der Haroldstraße zur Unterbringung des MSWKS, das derzeit noch an zwei Standorten arbeite. Der Landeshaushalt werde durch diese Entscheidung nicht zusätzlich belastet, da ungefähr in gleicher Höhe Mittel aus der Aufgabe der bisherigen Liegenschaften frei würden. Die Baumaßnahmen begännen in Kürze.

Zweitens: den Neubau eines Verwaltungsgebäudes an der Völklinger Straße als Standort für das Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung. Auch hier werde es keine zusätzlichen Belastungen für den Landeshaushalt geben, da nach Sanierung des alten Gebäudes bestimmte Fremdanmietungen für die Landesverwaltung entfielen.

Nicht beschlossen sei bisher – die Prüfung sei noch nicht abgeschlossen – ein möglicher Umzug des Umweltministeriums in ein neues Gebäude im Regierungsviertel. Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb befinde sich zurzeit noch in konzeptionellen Überlegungen, ob sich dies rechne und auf Grundlage welcher Zeitachse das geschehen könnte. Man werde den Hauptausschuss informieren, sobald sich in dieser Hinsicht etwas tue.

Vor dem Hintergrund der von ihm gegebenen Auskünfte relativiere sich die Anmerkung von Herrn Jostmeier hinsichtlich Einsparnotwendigkeiten etwa im sozialen Bereich und der Vertretbarkeit der Maßnahme gegenüber der Öffentlichkeit. Wenn es gelinge, zur Konzentration der Regierungsarbeit im Regierungsviertel Neubauten zu errichten, die nicht zulasten der öffentlichen Hand gingen, erscheine ihm das vertretbar und zeige dies auch, dass die Einrichtung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs ein richtiger Schritt gewesen sei.

Hauptausschuss
27. Sitzung (öffentlich)

26.09.2002
sr-ba

Lothar Hegemann (CDU) hält die Argumentation des Chefs der Staatskanzlei für unangemessen. Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb sei eine hundertprozentige Landestochter, die bei einem negativen Ergebnis durch die Erstellung der geschilderten Gebäude ihr Gesamtergebnis stärker belaste oder weniger Gewinn mache. Die Konzeption des Bau- und Liegenschaftsbetriebs habe zwar privatwirtschaftliche Ansätze, könne aber wohl kaum als private Wirtschaft bezeichnet werden.

Die Auskunft hinsichtlich eines Neubaus des Umweltministeriums habe ihn verwundert, weil man die gleiche bereits vor zwei Jahren erhalten habe, nämlich dass weiter nachgedacht und weiter gerechnet werde. Die derzeitige Unterbringung des Ministeriums könne nach seiner Einschätzung nicht gerade als schlecht bezeichnet werden. Er jedenfalls sehe keinen Grund für eine Unterbringung im Regierungsviertel, außer in der Nähe der Macht zu sein. Es müsse nun einmal in Kauf genommen werden, dass die Ressorts der Landesregierung dezentral untergebracht seien. Diese Tatsache rechtfertige seines Erachtens nicht den Versuch, nun alle Ministerien in unmittelbarer Nachbarschaft des Landtags zu platzieren.

Vorsitzender Edgar Moron hielte es für sinnvoll, wenn dem Hauptausschuss zum Thema "Unterbringung der Landesregierung" für die nächste Sitzung ein ausführliches mit Zahlen unterlegtes schriftliches Konzept vorgelegt würde, über das man dann im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes debattieren sollte.

VA Krähmer (Finanzministerium) legt dar, nach dem derzeitigen Sachstand sei man momentan zu einer schriftlichen Stellungnahme lediglich bezogen auf die vom Chef der Staatskanzlei genannten zwei Maßnahmen in der Lage, weil nur diese gegenwärtig von der Landesregierung konkret verfolgt würden. Die Gesamtkonzeption habe noch den Charakter einer Leitentscheidung, die in den vergangenen Jahren an einigen Schnittpunkten umgesetzt worden sei. Das Finanzministerium habe den Bau- und Liegenschaftsbetrieb beauftragt, Überlegungen hinsichtlich Möglichkeiten der Unterbringung weiterer oberster Landesbehörden im Regierungsviertel anzustellen, bei denen allerdings nicht nur räumlichen Aspekten, sondern vor allem auch wirtschaftlichen Gesichtspunkten Priorität eingeräumt werden solle. Der BLB arbeite an diesem Auftrag, könne aber nicht allein aufgrund eigener Überlegungen dazu etwas vorlegen, sondern müsse bauordnungsrechtlich und bauplanungsrechtlich relevante Probleme mit der Stadt Düsseldorf abstimmen. Wann ein entsprechend abgestimmtes Konzept vorliege, könne er nicht einschätzen.

Was die Unterbringung des Umweltministeriums angehe, so gebe es keine Beschlusslage der Landesregierung, beim Landtag die erforderlichen Mietmittel für den so genannten Turmbau zu beantragen. Insoweit habe sich seit dem letzten Jahr nichts geändert. Staatssekretär Dr. Noack habe seinerzeit berichtet, dass eine Abwägung der finanziellen Rahmenbedingungen zu dem Ergebnis geführt habe, dass sich mit dem vorhandenen Mietetat des MUNLV eine Miete für den Turmbau nicht darstellen lasse. Von daher sei der Turmbau bei dem gegebenen finanziellen Rahmen nicht möglich. Die Landesregierung habe, wie oben bereits erwähnt, nicht beschlossen, den Landtag um eine Aufstockung der Mietmittel zu ersuchen.

Hauptausschuss
27. Sitzung (öffentlich)

26.09.2002
sr-ba

Die vom Chef der Staatskanzlei genannte Perspektive, es sei nach wie vor beabsichtigt, nach Wegen zu suchen, für das MUNLV eine Unterbringung im engeren Regierungsviertel zu schaffen, habe demnach nicht zum Inhalt, dass der Turmbau errichtet werde.

Vorsitzender Edgar Moron bittet das im Zusammenhang mit dem Thema "Unterbringung der Landesregierung" Berichtete bis zur nächsten Sitzung in einem schriftlichen Bericht der Landesregierung zusammenzufassen.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) fügt an, Inhalt der Vorlage sollten auch Optionen für die Weiterentwicklung des Regierungsviertels sein, ohne dass gleichzeitig Termine oder Kosten genannt werden müssten.

Werner Jostmeier (CDU) weist darauf hin, dass ein Gesamtkonzept schon des Öfteren zugesagt, aber nie vorgelegt worden sei. Der CDU-Fraktion gehe es momentan aber auch mehr um die beiden Projekte, von denen heute die Rede gewesen sei. Wenn argumentiert werde, der Atrium-Bau beispielsweise koste dem Land keinen Euro, dann treffe das einfach nicht zu. Wenn ein Kreditrahmen von 300 Millionen DM für Investitionen zugunsten des BLB eingeräumt werde, dann belaste das den Haushalt des Landes und damit den Steuerzahler.

Einzelplan 15 – Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

Hier: Kapitel 15 081 – Landeszentrale für politische Bildung

Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Dr. Schulten trägt vor, der Haushalt der Landeszentrale werde mit 7,343 Millionen € praktisch überrollt – abgesehen von einer geringfügigen Kürzung in Höhe von 39.700 €, die die Landeszentrale bei ihren sächlichen Verwaltungsausgaben erwirtschaften müsse. Von den 7,343 Millionen € seien 5,9 Millionen € für Zuweisungen und Zuschüsse vorgesehen, 1,391 Millionen € für die Sachmittel der Landeszentrale.

95 % der Zuweisungen und Zuschüsse, nämlich 5.685.600 €, konzentrierten sich auf die besondere Förderung der politischen Bildungsarbeit bei den politischen Stiftungen und den anderen anerkannten Trägern der politischen Bildung. 266.000 € stünden als Projektmittel zur Verfügung; davon seien 92.100 € für die Unterstützung der politischen Bildung im Volkshochschulbereich über den Landesverband der Volkshochschulen und für spezielle Projekte der politischen Weiterbildung vorgesehen.

173.900 € dienten der Förderung von Projekten der Gedenkstättenarbeit und der Aufarbeitung der deutschen Geschichte. Bei der Gedenkstättenarbeit würden seit drei Jahren verstärkt solche Projekte gefördert, die auch den Förderkriterien des Bundes entsprächen. Weil sich der Bund an diesen Projekten zu 50 % beteilige, könnten zusätzliche Mittel nach Nordrhein-Westfalen fließen.

Sachmittel stünden der Landeszentrale in den kommenden Jahren in Höhe von 1.391.400 € zur Verfügung. Davon würden 29.700 € für den jährlich vergebenen Gustav-Heinemann-

Hauptausschuss

26.09.2002

27. Sitzung (öffentlich)

sr-ba

Friedenspreis für Kinder- und Jugendbücher und 6.000 € für die Teilnahme von nordrhein-westfälischen Lehrerinnen und Lehrern an Veranstaltungen der Bundeszentrale benötigt. Mit den übrigen Sachmitteln in Höhe von 1.355.700 € müsse die Landeszentrale ihre gesamten anderen Aufgaben bestreiten, so etwa die Bereitstellung von Publikationen und audiovisuellen Medien, die Internetarbeit sowie Tagungen und Kongresse zu zentralen Themen der politischen Bildung.

3 Staatsvertrag über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 13/2822

CdS StS Adamowitsch legt dar, die Ministerpräsidenten der Länder hätten im Oktober letzten Jahres dem Wunsch des DFB entsprochen, ihn bis zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 an den Erträgen der Oddset-Wetten zu beteiligen. Der DFB habe dabei angeboten, die Umsätze durch die Oddset-Wetten durch eigene Werbemaßnahmen zu steigern. Im Gegenzug wolle er an der Einnahmesteigerung partizipieren, um damit ein anspruchsvolles Rahmenprogramm rund um die Fußball-WM 2006 in den Ländern, also auch in Nordrhein-Westfalen, zu finanzieren. Er wolle mit den Mitteln, die ihm zufließen, gemeinnützige Maßnahmen und Projekte im Familien-, Jugend- und Behindertensport durchführen. Bei der Verteilung der Mittel werde er auf eine regionale Ausgewogenheit in Anlehnung an den Königsteiner Schlüssel achten.

Der Staatsvertrag sehe vor, dass der DFB Mittel erhalten werde, wenn höhere Einnahmen aus der Oddset-Wette erzielt würden als 2001. Das bedeute im Ergebnis, dass in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft auf jeden Fall rund 18,9 Millionen € jährlich verteilt werden könnten, die 2001 zur Verfügung gestanden hätten. Soweit das Ergebnis von 2001 überschritten werde, werde der DFB beteiligt, nicht aber das gesamte Mehr erhalten. Auch davon nämlich werde ein Teil an die Altdestinatäre gehen, und zwar zusätzlich zu den genannten 18,9 Millionen €.

Inzwischen angestellte Prognosen gingen davon aus, dass die Werbemaßnahmen des DFB in Nordrhein-Westfalen zu einem Mehr von etwa 3 Millionen € jährlich führen könnten; davon würden 220.000 € für die Altdestinatäre zur Verfügung stehen.

Lothar Hegemann (CDU) kündigt an, seine Fraktion werde sich diesem Staatsvertrag nicht verschließen. Er wolle jedoch darauf hinweisen, dass die Versprechungen, die im Zusammenhang mit der Einführung der Oddset-Wette gemacht worden seien, bis heute der Einlösung bedürften.